

# Sprachkurse: Keine Zuweisung

## Jobcenter nimmt Stellung zu Auslastung von Kurs-Anbietern

**In der Diskussion um die Auslastung der verschiedenen Sprachkursanbieter hat das Jobcenter gestern klargestellt, dass eine Steuerung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das einen Großteil der Kurse finanziert, nicht gewünscht wird.**

„Den Jobcentern war klar, dass es eine Herausforderung ist, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen“, sagt Sylvia David, Leiterin des Jobcenters in Neustadt. Deshalb sei vorgeschlagen worden, die Koordination zu übernehmen und die Flüchtlinge den Anbietern zuzuweisen, mit dem Ziel das vorhandene Kursangebot bestmöglich zu nutzen. „Das will das Bamf aber nicht“, so David. Deshalb würden Flüchtlinge, die einen Integrationskurs beziehungsweise einen Alphabetisierungskurs zu absolvieren haben, auf die verschiedenen Anbieter aufmerksam gemacht, die Auswahl aber bleibe ihnen selbst überlassen. Das Thema Auslastung der

Sprachkursanbieter war am Dienstag im Integrationsbeirat aufgenommen (wir berichteten). Ein Vertreter des Mannheimer Anbieters Bfw hatte kritisiert, dass das Jobcenter ihm keine Schüler schicke.

Dass die beiden in Neustadt nur mit wenigen Kursen präsenten Anbieter Bfw und Tertia teilweise nicht kontaktiert werden, hänge auch damit zusammen, dass die Flüchtlinge, wenn sie zum Jobcenter kommen, die Volkshochschule oft bereits kennen. Denn dort können sie schon Kurse besuchen, bevor sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Diese werden von der Stadt finanziert. Hinzu kommt laut David, dass viele Flüchtlingsbetreuer die beiden Anbieter, die ihren Sitz außerhalb Neustadts haben, nicht kennen. „Wir bemühen uns aber darum, die Informationen weiterzugeben“, so David.

Zur gestiegenen Belastung der Behörde durch die Zuwanderung sagte David, dass der Betreuungsschlüssel kontinuierlich überprüft werde. Die letzte Auswertung habe ergeben,

dass die Mitarbeiter in Neustadt im Durchschnitt 138 „Kunden“ betreuen. Bis zu einem Verhältnis von 1:150 gelte die Belastung als akzeptabel.

Allerdings habe die Belastung gerade in jüngster Zeit zugenommen. Seit Ende November machten sich die Nachregistrierungen des Bamf bemerkbar. Viele Geflüchtete hätten ihre Anhörung inzwischen hinter sich und fielen damit in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters.

Zu der gelegentlich auftauchenden Kritik, beim Jobcenter gehe Post „verloren“, sagte David, dass es durch die verschiedenen Standorte nicht zu vermeiden sei, dass Post manchmal falsch zugestellt werde. Sie verstehe, dass das für Betroffene, die auf ihr Geld warten, sehr belastend sei. David verspricht sich eine entscheidende Verbesserung durch die geplante Einführung der E-Akte. Dokumente würden dann elektronisch erfasst, und das Problem mit den Postwegen würde sich von selbst erledigen. |kk